

# **EIS GEMENG**

---

De Gemengebuuet vu Stroossen

05  
22

Séance du conseil communal  
du 21.07.2022

DE

Gemeinderatssitzung  
vom 21. Juli 2022

P04

FR

Séance du conseil communal  
du 21 juillet 2022

P10

EN

Communal Council meeting  
of 21 July 2022

P16



1, Place Grande-Duchesse Charlotte  
B.P. 22, L-8001 Strassen

+352 31 02 62 - 1

reception@strassen.lu

www.strassen.lu

Commune de Strassen

Strassen\_Stroossen

CityApp : Strassen

#### IMPRESSUM

Layout et rédaction du compte rendu :  
**brain&more**

Photos :  
101 Studios  
Martine Pinnel  
Commune de Strassen



PacteClimat  
Ma commune s'engage pour le climat

## LES MEMBRES DU CONSEIL COMMUNAL

**PUNDEL Nico**

Bourgmestre - CSV



**WELTER-GAUL Betty**

Échevin - LSAP



**ROOB Jean Claude**

Échevin - LSAP



**AREND Anne**

Conseillère - CSV



**BESTGEN-MARTIN  
Maryse**

Conseillère - Déi Gréng



**DIESCHBURG-  
NICKELS Martine**

Conseillère - DP



**DURRER Jean-Marie**

Conseiller - CSV



**EL KHOURY Victoria**

Conseillère - LSAP



**FISCHER Marc**

Conseiller - DP



**GLESEMER Laurent**

Conseiller - DP



**KANDEL Léandre**

Conseiller - DP



**KLENSCH Paul**

Conseiller - LSAP



**REMMY Claire**

Conseillère - Déi Gréng

# Gemeinderatssitzung vom 21. Juli 2022

## TAGESORDNUNG

1. **Ernennungen und Rücktritte in den örtlichen beratenden Kommissionen.**
2. **Änderung der Gemeindeverordnung bezüglich der Kriterien für den Verkauf der Wohneinheiten „Pescher IV“.**
3. **Urbanismus:**
  - a. **Beschluss im Rahmen des PAP-Projekts KIEM-VAL STE CROIX.**
  - b. **Beschluss im Rahmen des PAP-Projekts 30, ROUTE D'ARLON.**
  - c. **Beschluss im Rahmen des PAP-Projekts ARLON-VALLEE.**
  - d. **Beschluss im Rahmen eines Parzellierungsantrags.**
4. **Verabschiedung einer Verordnung zur Gewährung eines Zuschusses für die Verwendung von Windeln.**
5. **Antrag der politischen Partei DÉI GRÉNG: „Finanzielle Unterstützung für Eltern, die für ihre Kinder waschbare Windeln verwenden“.**
6. **Verschiedenes.**

## ANWESEND

Nicolas Pundel (CSV), Bürgermeister; Betty Welter-Gaul (LSAP), erster Schöffe; Jean Claude Roob (LSAP), zweiter Schöffe. Anne Arend (CSV); Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng); Martine Dieschburg-Nickels (DP); Jean-Marie Dürrer (CSV); Victoria El-Khoury (LSAP); Laurent Glesener (DP); Léandre Kandel (DP); Paul Klensch (LSAP), Gemeinderatsmitglieder. Sekretär: Christian Muller.

## ABWESEND (ENTSCHULDIGT)

Marc Fischer (DP); Claire Remmy (déi Gréng), Gemeinderatsmitglieder.

Zu Beginn der Sitzung erinnert Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) daran, dass es sich um den zweiten Teil der Gemeinderatssitzung vom 13. Juli handelt, die

aufgrund der Vorstellung des Mobilitätsplans 2035 durch Minister François Bausch unterbrochen wurde.

## 1. Ernennungen und Rücktritte in den örtlichen beratenden Kommissionen.

Nach dem Rücktritt von Émilie Fister aus der Umweltkommission dankt ihr Bürgermeister Nicolas Pundel im Namen der Gemeinde für ihre Mitarbeit, und der Gemeinderat ernennt einstimmig Lisa Bohler zum neuen Kommissionsmitglied.

Das Team des Naturpakts wird ebenfalls einstimmig wie vom Schöffenkollegium vorgeschlagen in folgender Besetzung ernannt: Schöffe Betty Welter, Gemeinderatsmitglied Jean-Marie Dürrer, Forstbeamte Serge Bisenius, Naturpakt-Berater (SICONA) Fernand Klopp, Naturpakt-Partnerberater (SICONA) Eric Rathle, für die Gemeinde Strassen, Aline Wirtgen und Gabriel Kirsch, sowie Monique Faber-Decker, Paul Faber, Guy Mathey, Carine Molitor-Braun, Jacques Pir, Marc Schmit und Fränz Schneider.

Ebenfalls auf Vorschlag des Schöffenkollegiums wird das Klima-Team wie folgt einstimmig bestätigt: Bürgermeister Nicolas Pundel, Klima-Consultant (studio e) Oliver Kuzma, Aline Wirtgen, Romain Becker, Maggy Biver, Lisa Bohler, Nicolas Bouillon, Marc Büchler, Vincent Debbaut, Victoria El-Khoury, Jean-Paul Faber, Paul Faber, Monique Faber-Decker, Sybille Giriens, Felix Jacoby, Corina Niculet, Jean Schannes und Georges Wiazmitinoff.

## 2. Änderung der Gemeindeverordnung bezüglich der Kriterien für den Verkauf der Wohneinheiten „Pescher IV“.

Wie Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) hervorhebt, sollen die Regeln diese Wohnungen für junge Familien in Strassen zugänglich machen, sie aber auch für ältere Menschen offen halten, obwohl das Punktesystem der Verordnung die Jüngeren leicht bevorzugt.

Die Regelung besagt, dass die Antragsteller in Strassen wohnhaft sein oder gewesen sein müssen. Sie dürfen nicht im Besitz von Immobilien sein und müssen die

Bedingungen für staatliche Wohnbeihilfen erfüllen. Eine Tabelle zeigt, welcher Wohnungstyp je nach Haushaltszusammensetzung bei Einreichen des Dossiers zugewiesen wird. Ein Punktesystem, mit dem zwischen den Bewerbungen entschieden wird, legt u. a. fest, inwieweit Kinder berücksichtigt werden, um in den Genuss dieses Systems zu kommen. Zudem müssen die Antragsteller die Wohnung später selbst bewohnen und sind nicht mehr verpflichtet, einen Parkplatz zu kaufen. Und schließlich hat die Gemeinde ein Vorkaufsrecht, wenn die Wohnung innerhalb von 99 Jahren verkauft wird, d. h. während der gesamten Laufzeit des Erbpachtvertrags.

Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) bemängelt die verwendete Terminologie – trotz diesbezüglicher Vorbesprechung. Sie kritisiert u. a., dass der Antrag den Nachweis enthalten muss, dass die Antragsteller Wohngeld und das entsprechende Darlehen erhalten werden. Ihrer Meinung nach geht auch der Ausschluss von Bewerbern, die als Teil einer Gesellschaft Immobilien besitzen, zu weit.

Gemeinderatsmitglied Laurent Glesener (DP) stört sich an der Unterteilung der Haushaltszusammensetzungen – verheiratet, in einer Lebenspartnerschaft (PACS) oder frei zusammenlebend – und erkundigt sich nach den rechtlichen Mitteln.

Gemeinderatsmitglied Anne Arend (CSV) befürchtet, dass bestimmte Dinge blockiert sein könnten, und weist auf die Situation hin, wenn z. B. die Eltern früher sterben.

Gemeinderatsmitglied Victoria El-Khoury (LSAP) kritisiert, dass das für die Entscheidung über die Bewerbungen vorgeschlagene Punktesystem ein ungeborenes Kind ebenso berücksichtigt wie ein bereits geborenes – und zwar ungeachtet des Schwangerschaftsstadiums. Da jedoch ein freiwilliger Schwangerschaftsabbruch vor Ende der 12. Schwangerschaftswoche möglich ist, wäre es ihrer Meinung nach angemessener, nur Schwangerschaften ab dem 3. Monat zu berücksichtigen.

Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) geht auf die individuellen Einwände ein und erklärt, dass es sich nur um die Anträge handelt, dass die Frage der Gesellschaften von Juristen geprüft wurde und dass es heutzutage nicht mehr angeht, frei zusammenlebende Paare aus-

zuschließen. Letztlich werde das Schöffenkollégium in letzter Instanz über die Anträge entscheiden, um Ungleichheiten zu vermeiden.

Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) schlägt vor, zumindest die Beteiligung in Gesellschaften zu streichen, während Bürgermeister Nicolas Pundel über die Verordnung in der vorliegenden Form abstimmen lassen will. Diese wird mit der Enthaltung von Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) angenommen.

### 3. Urbanismus:

#### a. Beschluss im Rahmen des PAP-Projekts KIEM-VAL STE CROIX.

Im Auftrag des Verkehrsunternehmens Demy Schandeler werden eine Elektrotankstelle mit acht Ladestationen und ein Gebäude mit einem Ruheraum und Toiletten für die Busfahrer auf einem Grundstück von 31,84 Ar in Val Ste-Croix errichtet.

Statt der üblicherweise abzutretenden 25 % der Fläche werden nur 23 % überlassen: ein Teil im unteren Bereich am Rückhaltebecken und ein zweiter Teil im oberen Bereich, wo eine Straße geplant ist. Die Gemeinde verzichtet auf eine Ausgleichszahlung.

Die Fragen von Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) betreffen hauptsächlich das Verkehrsaufkommen und das Kreuzen von Bussen in einem engen Bereich. Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) erklärt daraufhin, dass es sich nur um 12- oder 15-Meter-Busse, aber nicht um Gelenkbusse handelt, so dass der Wendekreis ausreichend ist.

Gemeinderatsmitglied Léandre Kandel (DP) merkt an, dass es sinnvoller gewesen wäre, ein Gesamtkonzept für alle Elektrobusse zu entwickeln, statt viele kleine Projekte zu haben, die später nicht für Gelenkbusse geeignet sind.

Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) weist darauf hin, dass das Unternehmen Eigentümer des Grundstücks ist, dass es einen PAP ausgearbeitet hat, der vom Ministerium für konform erklärt wurde und somit gültig ist, so dass nichts dagegen spricht.

Gemeinderatsmitglied Jean-Marie Dürrer (CSV) erklärt ein japanisches System, mit dem ausrangierte Elektrobusse als elektrisches Speichermedium genutzt werden können.

Dem PAP und dem Verzicht auf die Ausgleichszahlung wird einstimmig zugestimmt.

#### **b. Beschluss im Rahmen des PAP-Projekts 30, ROUTE D'ARLON.**

Das Privatbauprojekt „30, route d'Arlon“, das ursprünglich drei Stockwerke und eine Zwischenetage vorsah, wurde neu beantragt und sieht nun eine Wohnfläche von 1.671 m<sup>2</sup> auf fünf Stockwerken mit acht Wohnungen und einem Restaurant im Erdgeschoss vor.

Insgesamt 30,22 % der gesamten Grundstücksfläche von 13,37 Ar werden der Gemeinde übertragen.

Dem Projekt wird einstimmig zugestimmt.

#### **c. Beschluss im Rahmen des PAP-Projekts ARLON-VALLEE.**

Das PAP-Projekt „Arlon Vallée“ umfasst ein Grundstück von 64,69 Ar in einem Wohngebiet (HAB-1), einem Mischgebiet (MIX-u) und einer Lärmzone.

Insgesamt werden sieben Einfamilienhäuser und ein Mehrfamilienhaus mit 27 Wohnungen gebaut.

In Bezug auf die 647 m<sup>2</sup> Wohnfläche, die im Rahmen des preisgünstigen Wohnraums zu vergeben sind, verzichtet die Gemeinde auf ein Einfamilienhaus zugunsten von Wohnungen. 21,86 % des Grundstücks werden an die Gemeinde abgetreten.

Gemeinderatsmitglied Léandre Kandel (DP) erkundigt sich nach etwaigen Lärmschutzplänen, während Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) wissen möchte, ob das siebte Einfamilienhaus an das Mehrfamilienhaus angebaut wird.

Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) hat keinerlei Kenntnis über private oder öffentliche Lärmschutzmaßnahmen, weist aber darauf hin, dass potenzielle Käufer ihre Immobilie in voller Kenntnis der Sachlage erwerben.

Außerdem bestätigt er die Erlaubnis, ein Einfamilienhaus an ein Mehrfamilienhaus anzuschließen.

#### **d. Beschluss im Rahmen eines Parzellierungsantrags.**

Ein Antrag auf Parzellierung eines Grundstücks in der Rue du Kiem in Strassen, bei dem eine bebaute Parzelle in drei Parzellen mit einem bestehenden Wohngebäude (10,89 Ar) einerseits, einem zum Abriss bestimmten Gebäude (17,26 Ar) und einem öffentlichen Platz von 2,16 Ar andererseits aufgeteilt werden soll, wird geprüft.

Der Parzellierung wird einstimmig zugestimmt.

#### **4. Verabschiedung einer Verordnung zur Gewährung eines Zuschusses für die Verwendung von Windeln.**

#### **5. Antrag der politischen Partei DÉI GRÉNG: „Finanzielle Unterstützung für Eltern, die für ihre Kinder waschbare Windeln verwenden“.**

Auf Vorschlag von Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) werden die beiden Punkte zusammen diskutiert, da der Antrag von „déi Gréng“ ausschlaggebend war für eine relevante Überarbeitung der Regelung, die zuvor vorsah, dass Eltern von Kleinkindern zwei zusätzliche Rollen Müllsäcke erhalten.

Es wurde festgestellt, dass Eltern, die waschbare Windeln verwenden, keine zusätzlichen Müllsäcke benötigen, und dass ältere Menschen in dieser Verordnung nicht berücksichtigt wurden.

Aus diesem Grund sieht die neue Regelung die Aufhebung der Zuteilung zusätzlicher Rollen vor und gewährt Eltern von Kindern bis zu drei Jahren und älteren Menschen mit einer ärztlichen Inkontinenzbescheinigung eine Ermäßigung von 75 € auf die Abfallgebühr.

Gemeinderatsmitglied Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) betont den ökologischen Aspekt sowie den zusätzlichen Aufwand und die Mehrkosten für Eltern von Kleinkindern und inkontinente Erwachsene im Falle der Nutzung wiederverwendbarer Windeln. Aus diesem Grund habe ihre Partei vorgeschlagen, die Abfallgebühr für diese Bevölkerungsgruppen um 75 € zu senken.

Gemeinderatsmitglied Victoria El-Khoury (LSAP) weist darauf hin, dass der Text der Verordnung, wie er vom Schöffenkollegium vorgelegt wurde, nur den wirtschaftlichen Beweggrund für den Windel-Zuschuss erwähnt, während der Antrag von „déi Gréng“ den ökologischen Aspekt des von der Partei vorgeschlagenen Ansatzes hervorhebt. So regt Gemeinderatsmitglied Victoria El-Khoury (LSAP) an, zusätzlich zu dem bereits erwähnten wirtschaftlichen Aspekt auch den ökologischen Aspekt in die Verordnung aufzunehmen.

Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) ist der Meinung, dass diejenigen, die waschbare Windeln verwenden, eine umfangreichere Erstattung erhalten sollten.

Daraufhin merkt Gemeinderatsmitglied Anne Arend an, dass die Nutzer von waschbaren Windeln weniger Abfall haben und somit direkt von den 75 € profitieren.

Die Verordnung und der Antrag von „déi Gréng“ werden einstimmig angenommen.

## 6. Verschiedenes.

Unter der Rubrik „Verschiedenes“ informiert Bürgermeister Nicolas Pundel die Mitglieder des Gemeinderats über ein Dankeschreiben des ONA für sein Engagement bei der humanitären Hilfe für Flüchtlinge im Rahmen des Ukraine-Kriegs.

Darüber hinaus werden verschiedene dringende Verkehrsregelungen gemeinsam verabschiedet.

Gemeinderatsmitglied Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) fragt, ob nach dem Erfolg der Kampagne „Mam Velo an d'Schoul“ das Schultor für radelnde Kinder im nächsten Schuljahr geöffnet bleibt. Sie weist auch auf fehlende Fahrradständer an bestimmten Stellen hin.

Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) bestätigt die positive Bilanz von „Pro Vélo“ nach dieser Aktion. Im Herbst möchte man versuchen, eine Person zu finden, die die Gruppe – wie beim Pedibus – begleitet, und die Route zu erweitern. Das Tor müsse auch offen bleiben, doch gelte es zu vermeiden, dass immer mehr Eltern ihre Kinder dort mit dem Auto absetzen. Ferner bestätigt er den Mangel an Fahrradständern, auch bei der Schule.

Gemeinderatsmitglied Victoria El-Khoury (LSAP) legt der Gemeinde nahe, einen Energiesparplan aufzustellen, um auf Energieknappheit und Versorgungskosten zu reagieren, z. B. in Bezug auf die Thermen, die einen hohen Energieverbrauch haben, und die Straßenbeleuchtung. Sie regt an, eine Sensibilisierungskampagne zu starten, um die Einwohner zum Energiesparen zu bewegen, sowie sämtliche Geschäftsleute in Strassen aufzufordern, Schaufensterbeleuchtung und Leuchtreklamen nachts auszuschalten.

Darüber hinaus schlägt sie einen Beitritt zum „Kulturpass“ vor, um sozial benachteiligten Personen den Zugang zu gewissen kulturellen Veranstaltungen zu ermöglichen.

Was den „Kulturpass“ angeht, erklärt Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV), dass die Gemeinde ihren bedürftigen Einwohnern einen ermäßigten Eintrittspreis für bestimmte Veranstaltungen gewährt und ein Beitritt zum „Kulturpass“ daher nicht notwendig ist.

Gemeinderatsmitglied Anne Arend (CSV) hebt das Problem des Ehrenamts hervor, wo sich Vereine und Vereinigungen einerseits schwertun, überhaupt noch Ehrenamtliche zu finden, und diesen andererseits bei Veranstaltungen nur wenig Respekt entgegengebracht wird, da viele Menschen den Eindruck haben, dass sie im Endeffekt doch für ihre Arbeit bezahlt werden.

Sie fände es auch vorteilhaft, wenn es in der Gemeinde eine Liste mit Ansprechpartnern für die Miete von Räumlichkeiten oder etwaige Hilfe beim Aufbau eines Zeltes gäbe, sowie eine Liste mit den Hausmeistern der verschiedenen Gemeindegebäude. Ferner sollte eine Materialliste erstellt werden, in der auch dargelegt wird, unter welchen Bedingungen die Gemeinde dieses zur Verfügung stellt.

Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) hält dies für „über-organisiert“, da diese Informationen auf Anfrage geliefert werden. Dem Mangel an Ehrenamtlichen wiederum stimmt er zu.

Gemeinderatsmitglied Léandre Kandel (DP) erkennt sogar eine schlechte Erziehung seitens der Gemeinde, die den Wünschen der Vereine immer mehr nachkommt, wodurch man diese verwöhnt, während die Gemeinde-

arbeiter stark beansprucht werden. Außerdem seien viele Bürger der Meinung, dass alles immer noch kostenlos zu erfolgen habe.

Gemeinderatsmitglied Anne Arend (CSV) nennt als Beispiel das Schulfest, für das 120 ehrenamtliche Helfer benötigt werden, während Gemeinderatsmitglied Jean-Marie Dürrer (CSV) zu bedenken gibt, dass das von einem Verein zum anderen variiert: Während ein Club jede Woche 70 Männer im Einsatz hat, beschweren sich andere, wenn sie dreimal im Jahr um Hilfe gebeten werden.

Daran anknüpfend schlägt Anne Arend vor, einen Artikel über das Ehrenamt im Gemeindeblatt zu veröffentlichen, während Gemeinderatsmitglied Laurent Gle-sener (DP) dafür plädiert, dies in einer Broschüre zur Vorstellung der einzelnen Vereine zu tun.

Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) ist jedoch der Ansicht, dass diese Aufgabe den Vereinen obliegt und nicht der Gemeinde.

Gemeinderatsmitglied Paul Klensch (LSAP) bedauert den Mangel an Zugangspunkten und WiFi-Hotspots an öffentlichen Orten in der Gemeinde Strassen. Häufig besuchte Parks und öffentliche Plätze seien nicht mit einem kostenlosen digitalen Zugang abgedeckt. Ihm zufolge würde die Einrichtung zusätzlicher Stationen Menschen anziehen, die neben ihrem Mobiltelefon auch ihren Laptop oder ihr Tablet nutzen möchten. Dies würde ihnen die Möglichkeit geben, Fotos und Videos zu teilen oder live an Videokonferenzen teilzunehmen. Ziel wäre es, den digitalen Zugang insbesondere für Personen zu fördern, die sich keine großen Handytarife leisten können, oder für Personen mit begrenztem Datenvolumen. Er merkt an, dass sich der Budgetposten für drahtlose lokale Netze (Hotcity) derzeit auf etwa 50.000 € pro Jahr beläuft. Da dieser Betrag im Vergleich zu anderen von der Gemeinde durchgeführten Projekten sehr gering ist, findet er, dass die Gemeinde Strassen hier agieren könnte.

Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) stellt in Bezug auf das Verhalten gegenüber Ehrenamtlichen fest, dass insbesondere Höflichkeit nicht mehr überall üblich zu sein scheint, sowohl gegenüber Ehrenamtlichen als auch gegenüber entlohnten

Helfern. Nichtsdestotrotz sollte das Ehrenamt gefördert werden.

Darüber hinaus kritisiert sie die mittlerweile üblichen Strände, für die Tonnen von Sand gestreut und wieder entfernt werden müssen, was sicherlich nicht umweltfreundlich ist.

Ferner ist sie der Auffassung, dass die Anzahl Besucher anlässlich des Nationalfeiertags zu gering ist. Viele Menschen ziehe es an diesem Tag in die Hauptstadt. Vielleicht sollten die offiziellen kommunalen Feierlichkeiten besser auf den Tag danach verlegt werden? Und wenn man Stühle für ältere Menschen vorsehe, müssten sich diese in der ersten Reihe befinden.

Im Allgemeinen wurden in den letzten Wochen viele Veranstaltungen organisiert – sie dankt allen freiwilligen Helfern, auch wenn die Veranstaltungen nicht so gut besucht waren, wie sie hätten sein sollen. Daher ist sie der Meinung, dass man Qualität vor Quantität setzen sollte. Als Beispiel nennt sie den Flohmarkt von Strassen, der am selben Tag wie ähnliche Veranstaltungen in Luxemburg-Stadt und Arlon stattgefunden hat.

Angesichts der großen Hitze schlägt sie noch vor, öffentliche Trinkwasserbrunnen zu installieren, an denen man Flaschen auffüllen kann. Sie erkundigt sich auch nach dem Wasserspiel auf dem Pescher-Spielplatz (das laut Bürgermeister defekt war, seit dem letzten Wochenende aber wieder funktioniert). Da müsste auch eine Beschattung vorgesehen werden. Zudem sei die Telefonzentrale der Gemeinde nur schwer erreichbar. Und sie informiert sich über die Initiative „vel’OH“, da zahlreiche Beschwerden aus Luxemburg-Stadt sie erreichen.

Laut Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) ist das „velo’OH“-Problem in Strassen nicht gravierender als in Luxemburg – trotz reger Nutzung – obwohl einige Aktionen unangebracht sind.

Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) kommt auf den Vorschlag von Gemeinderatsmitglied Victoria El-Khoury (LSAP) bezüglich der Energiesparmaßnahmen zurück und weist darauf hin, dass die



Geschäfte in Frankreich ihre Beleuchtung bereits kurz nach Ladenschluss ausschalten, um Strom zu sparen.

Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) erinnert an die Bemühungen der Gemeinde, die Energieeffizienz aller Gebäude zu verbessern.

Gemeinderatsmitglied Léandre Kandel (DP) schlägt vor, ein Dachkataster zu erstellen, um zu ermitteln, wo Solarpaneele angebracht werden könnten.

Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) würde gerne wissen, was es mit der jüngsten Kontroverse in den Medien über die Leitung des „Syndicat Intercommunal de Gestion Informatique“ (SIGI) auf sich hat. Gemeinderatsmitglied Paul Klensch (LSAP), der die Gemeinde Strassen in diesem Gemeindesyndikat vertritt, berichtet, dass

Mobbing-Vorwürfe im Raum stehen, obwohl kein spezifischer Fall bekannt ist. Bei der Sitzung des SIGI-Vorstands am 12. Juni 2022 sei beschlossen worden, Audits durchzuführen, von denen sich eines auf das soziale Klima und ein weiteres auf die Finanzstruktur beziehen würde. Des Weiteren möchte SIGI eine externe Untersuchung durchführen lassen mit dem Ziel, die Zusammenarbeit mit den Gemeinden zu verbessern. Und schließlich sei die Gründung einer Stiftung erwogen worden, die jedoch auf Anregung des Ministeriums zurückgestellt wurde. Stattdessen sollte man Vereinbarungen treffen, um einen Austausch mit anderen Ländern zu ermöglichen.

Abschließend spricht Gemeinderatsmitglied Jean-Marie Dürrer (CSV) noch das Klima-Problem an, das laut Wissenschaftlern bereits viel weiter fortgeschritten ist als allgemein angenommen.

# Séance du conseil communal du 21 juillet 2022

## ORDRE DU JOUR

1. **Nominations et démissions au sein des commissions consultatives locales.**
2. **Modification du règlement communal relatif aux critères de vente des logements « Pescher IV ».**
3. **Urbanisme :**
  - a. **Décision dans le cadre du projet de PAP KIEM-VAL STE CROIX**
  - b. **Décision dans le cadre du projet de PAP 30, ROUTE D'ARLON**
  - c. **Décision dans le cadre du projet de PAP ARLON-VALLEE.**
  - d. **Décision dans le cadre d'une demande de lotissement.**
4. **Adoption d'un règlement concernant l'allocation d'un subside pour l'utilisation de couches hygiéniques.**
5. **Motion du parti politique DÉI GRÉNG : « Soutien financier aux parents utilisant des couches lavables pour leurs enfants ».**
6. **Divers.**

## PRÉSENTS

Nicolas Pundel (CSV), bourgmestre ; Betty Welter-Gaul (LSAP), 1<sup>er</sup> échevin ; Jean Claude Roob (LSAP), 2<sup>e</sup> échevin. Anne Arend (CSV) ; Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) ; Martine Dieschburg-Nickels (DP) ; Jean-Marie Dürrer (CSV) ; Victoria El-Khoury (LSAP) ; Laurent Glesener (DP) ; Léandre Kandel (DP) ; Paul Klensch (LSAP), conseillers. Secrétaire : Christian Muller.

## ABSENTS (EXCUSÉS)

Marc Fischer (DP), Claire Remmy (déi Gréng), conseillers.

Au début de la séance, le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) rappelle qu'il s'agit de la deuxième partie de la séance du conseil communal du 13 juillet, qui a été interrompue en raison de la présentation du plan mobilité 2035 par Monsieur le ministre François Bausch.

## 1. Nominations et démissions au sein des commissions consultatives locales.

Après la démission d'Émilie Fister de la commission de l'environnement, le bourgmestre Nicolas Pundel exprime les remerciements de la commune pour sa coopération et le conseil communal nommé à l'unanimité Lisa Bohler au poste vacant.

L'équipe du Pacte Nature est également nommée à l'unanimité, comme proposé par le collège échevinal, avec la composition suivante : l'échevin Betty Welter, le conseiller communal Jean-Marie Dürrer, le préposé forestier Serge Bisenius, le conseiller Pacte Nature (SICONA) Fernand Klopp, le conseiller associé Pacte Nature (SICONA) Eric Rathle, pour la commune de Strassen, Aline Wirtgen et Gabriel Kirsch, ainsi que Monique Faber-Decker, Paul Faber, Guy Mathey, Carine Molitor-Braun, Jacques Pir, Marc Schmit et Fränz Schneider.

Toujours sur proposition du collège échevinal, l'équipe climat est confirmée à l'unanimité comme suit : le bourgmestre Nicolas Pundel, le consultant climat (studio e) Oliver Kuzma, Aline Wirtgen, Romain Becker, Maggy Biver, Lisa Bohler, Nicolas Bouillon, Marc Büchler, Vincent Debbaut, Victoria El-Khoury, Jean-Paul Faber, Paul Faber, Monique Faber-Decker, Sybille Giriens, Felix Jacoby, Corina Niculet, Jean Schannes et Georges Wiazmitinoff.

## 2. Modification du règlement communal relatif aux critères de vente des logements « Pescher IV ».

Comme l'a souligné le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV), ces règlements visent à rendre ces appartements accessibles aux jeunes familles de Strassen, tout en étant ouverts aux personnes âgées, bien que le système de points du règlement favorise légèrement les plus jeunes.

Lla réglementation stipule que les demandeurs sont ou étaient résidents de Strassen. Ils ne doivent pas être en possession d'un bien immobilier et doivent remplir les conditions des aides étatiques au logement.

Un tableau indique le type d'appartement attribué en fonction de la composition du ménage au moment de la soumission du dossier. Un système de points permettant de départager les candidatures stipule, entre autres, la mesure dans laquelle les enfants sont pris en compte pour pouvoir bénéficier de ce système. En outre, les demandeurs doivent habiter eux-mêmes l'appartement par la suite et ne sont plus obligés d'acheter une place de parking. Enfin, la commune dispose d'un droit de préemption si l'appartement est vendu au cours des 99 ans, c'est-à-dire pendant toute la durée du bail emphytéotique.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) ne trouve pas la terminologie utilisée optimale malgré la discussion préliminaire à cet égard. Elle critique, entre autres, le fait que la demande doit contenir la preuve que les demandeurs recevront une allocation de logement et le prêt correspondant. Selon elle, l'exclusion des candidats propriétaires de biens immobiliers dans le cadre d'une société va également trop loin.

Le conseiller Laurent Glesener (DP) est gêné par la composition des ménages répertoriés - mariés, en partenariat (PACS) ou vivant ouvertement ensemble - et s'interroge sur les moyens légaux.

La conseillère Anne Arend (CSV) craint que certaines choses soient bloquées et souligne la situation si, par exemple, les parents meurent plus tôt.

La conseillère Victoria El-Khoury (LSAP) critique le fait que le système de points proposé pour départager les candidatures prend en compte un enfant à naître au même titre qu'un enfant né quel que soit l'âge de la grossesse. En effet, étant donné qu'une interruption volontaire de grossesse est possible avant la fin de la 12<sup>ème</sup> semaine de grossesse, elle pense qu'il serait plus adéquat de prendre en compte uniquement les grossesses de plus de 3 mois. s.

Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) répond aux objections individuelles et déclare qu'il ne s'agit que des demandes, que la situation concernant les sociétés a été examinée par des juristes et qu'aujourd'hui il ne serait plus possible d'exclure les couples cohabitants

ouvertement. Enfin le collège échevinal se prononcera en dernière instance sur les demandes, afin d'éviter des disparités.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) propose d'annuler au moins la participation dans les sociétés, tandis que le bourgmestre Nicolas Pundel propose de voter le règlement comme proposé, règlement qui est adopté avec l'abstention de la conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP).

### 3. Urbanisme :

#### a. Décision dans le cadre du projet de PAP KIEM-VAL STE CROIX.

À la demande de l'entreprise de transports Demy Schandeler, une station de recharge électrique avec huit bornes et un bâtiment contenant une salle de repos et des toilettes pour les chauffeurs de bus, seront installés sur un terrain de 31,84 ares dans le Val Ste-Croix.

Au lieu des 25 % de la superficie habituellement à céder, seuls 23 % sont laissés, à savoir une partie dans la zone inférieure au niveau du bassin de rétention et une deuxième partie dans la zone supérieure où une route est prévue. La commune renonce à un paiement compensatoire.

Les questions de la conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) concernent principalement le volume du trafic et le croisement des bus dans une zone étroite, après quoi le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) explique qu'il ne s'agit que de bus de 12 ou 15 mètres, mais pas de bus articulés, de sorte que le rayon de braquage est suffisant.

Le conseiller Léandre Kandel (DP) souligne qu'il aurait été plus logique de développer un concept global pour tous les bus électriques au lieu d'avoir un grand nombre de petits projets qui, par la suite, ne conviendront pas aux bus articulés.

Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) note que l'entreprise est propriétaire du terrain, qu'elle a élaboré un PAP qui a été déclaré conforme par le ministère et qui est donc valide, de sorte que rien ne s'oppose à ce sujet.

Le conseiller Jean-Marie Dürrer (CSV) explique un système japonais par lequel les bus électriques désaffectés peuvent être utilisés comme support de stockage électrique.

Le PAP et la renonciation à l'indemnisation sont adoptés à l'unanimité.

#### **b. Décision dans le cadre du projet de PAP 30, ROUTE D'ARLON.**

Le projet d'ameublement individuel « 30, route d'Arlon », qui prévoyait à l'origine trois niveaux et un étage encastré, a été resoumis et prévoit désormais une surface habitable de 1.671 m<sup>2</sup> sur cinq niveaux, avec huit appartements et un restaurant au rez-de-chaussée.

Un total de 30,22 % du total du terrain de 13,37 ares sont transférés à la commune.

Le projet est approuvé à l'unanimité.

#### **c. Décision dans le cadre du projet de PAP ARLON-VALLEE.**

Le projet PAP « Arlon Vallée » comprend un terrain de 64,69 ares situé dans une zone résidentielle (HAB-1), dans une zone résidentielle mixte (MIX-u) et une zone de bruit.

Un total de sept maisons individuelles et un immeuble de 27 appartements seront construits.

En ce qui concerne la surface habitable de 647 m<sup>2</sup> à attribuer dans le cadre des logements à coût modéré, la commune renonce à une maison individuelle au profit d'appartements. 21,86 % du terrain seront cédés à la commune.

Le conseiller Léandre Kandel (DP) s'enquiert des plans de protection contre le bruit, tandis que la conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) veut savoir si la septième maison sera rattachée à la résidence.

Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) n'a connaissance d'aucune protection privée ou publique contre le bruit, mais signale que les acheteurs potentiels achèteraient

leur bien en toute connaissance de cause. Il confirme également l'autorisation d'attacher une maison unifamiliale à une résidence.

#### **d. Décision dans le cadre d'une demande de lotissement.**

Une demande de lotissement d'un terrain sur la rue du Kiem à Strassen, dans laquelle une parcelle bâtie doit être divisée en trois parcelles avec un bâtiment résidentiel existant (10,89 ares) d'une part, un bâtiment destiné à la démolition (17,26 ares) et une place publique de 2,16 ares d'autre part, est examinée.

Ce lotissement est approuvé à l'unanimité.

#### **4. Adoption d'un règlement concernant l'allocation d'un subside pour l'utilisation de couches hygiéniques.**

#### **5. Motion du parti politique DÉI GRÉNG : « Soutien financier aux parents utilisant des couches lavables pour leurs enfants ».**

Sur proposition du bourgmestre Nicolas Pundel (CSV), les deux points sont discutés ensemble, car la motion de « déi Gréng » a été la raison d'une révision pertinente de la réglementation qui prévoyait auparavant que les parents de jeunes enfants reçoivent deux rouleaux supplémentaires de sacs à déchets.

Il a été constaté que les parents qui utilisent des couches lavables n'ont pas besoin des sacs à déchets supplémentaires et que les personnes âgées n'ont pas été prises en compte dans ce règlement.

Pour cette raison, la nouvelle réglementation prévoit l'annulation de l'attribution de rouleaux supplémentaires et accorde aux parents d'enfants jusqu'à trois ans et aux personnes âgées ayant un certificat médical d'incontinence une réduction de 75 € sur la taxe sur les déchets.

La conseillère Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) souligne l'aspect écologique ainsi que l'effort et les coûts supplémentaires pour les parents de jeunes enfants et d'adultes incontinents dans l'utilisation de couches réutilisables. C'est pourquoi son parti a

proposé de réduire la taxe sur les déchets de 75 € pour ces groupes de la population.

La conseillère Victoria El-Khoury (LSAP) souligne que le texte du règlement tel que présenté par le collègue échevinal mentionne uniquement la raison économique motivant le subside pour l'utilisation de couches hygiéniques, alors que la motion de « Déi Gréng » met en avant l'aspect écologique de la démarche proposé par le parti. Ainsi la conseillère Victoria El-Khoury (LSAP) propose d'intégrer au texte du règlement cet aspect écologique en plus du volet économique déjà mentionné.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) est d'avis que ceux qui utilisent des couches lavables devraient en fait être remboursés un peu plus.

D'autre part, la conseillère Anne Arend souligne que ceux qui utilisent des couches lavables ont alors moins de déchets, et bénéficient ainsi directement des 75 €.

Le règlement et la motion des « déi Gréng » sont adoptés à l'unanimité.

## 6. Divers.

Sous la rubrique « Divers », le bourgmestre Nicolas Pundel informe les membres du conseil communal d'une lettre de remerciements de l'ONA pour son engagement dans l'aide humanitaire donnée aux réfugiés dans le cadre de la guerre en Ukraine.

En outre, divers règlements de circulation urgents sont approuvés conjointement.

La conseillère Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) demande si, après le succès de la campagne « Mam Velo an d'Schoul », le portail de l'école restera ouvert aux enfants cyclistes au cours de la prochaine année scolaire. Elle souligne également le manque de supports pour vélos à différents endroits.

Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) confirme le bilan positif de « Pro Vélo » dans cette action. En automne, on veut essayer, comme pour le pedibus, de trouver une personne pour accompagner le groupe et aussi

d'élargir l'itinéraire. Le portail doit également rester ouvert, mais il faut éviter que de plus en plus de parents y déposent ensuite leurs enfants avec la voiture. Il confirme également le manque de supports pour vélos, y compris près de l'école.

La conseillère Victoria El-Khoury (LSAP) suggère que la commune mette en place un plan d'économie d'énergie en réponse aux pénuries et aux coûts d'approvisionnement par exemple concernant les Thermes, grand consommateur d'énergie et l'éclairage public. Elle propose de lancer une campagne de sensibilisation pour inciter les résidents à économiser l'énergie et une invitation à tous les commerçants de Strassen à éteindre leurs locaux et leurs enseignes la nuit.

Elle propose également de rejoindre le « Pass Culture » afin de permettre aux personnes socialement défavorisées d'accéder à certaines manifestations culturelles.

En ce qui concerne le « Kulturpass », le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) explique que la commune accorde à ses habitants nécessiteux un tarif réduit pour certains événements et qu'il n'est donc pas nécessaire de s'inscrire au « Pass Culture ».

La conseillère Anne Arend (CSV) souligne le problème du bénévolat où, d'une part, les associations ne peuvent plus trouver de bénévoles et, d'autre part, les bénévoles sont très peu respectés lors des événements car beaucoup de gens ont l'impression qu'après tout ils seront payés pour leur travail.

Elle trouverait également avantageux qu'il y ait dans la commune une liste des personnes de contact pour la location d'une salle ou pour aider à installer une tente, ainsi qu'une liste des concierges des différents bâtiments communaux. Une liste des différents matériaux devrait également être établie, mentionnant dans quelles conditions la commune les met à disposition.

Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) considère ceci comme « sur-organisé » car ces informations sont fournies sur demande. Cependant, il constate également une pénurie de bénévoles.

Le conseiller Léandre Kandel (DP) voit même une mauvaise éducation de la part de la commune qui satisfait de plus en plus les demandes des associations, ce qui les rend gâtées, tandis que les ouvriers communaux sont fortement sollicités. En outre, de nombreux citoyens sont d'avis que tout se fait encore gratuitement.

La conseillère Anne Arend (CSV) prend l'exemple de la fête scolaire pour laquelle il faut 120 bénévoles, tandis que le conseiller Jean-Marie Dürrer (CSV) souligne que cela varie d'un club à l'autre : alors qu'un club a 70 hommes en service chaque semaine, d'autres se plaignent quand ils sont demandés trois fois par an.

Par ailleurs, la conseillère Anne Arend propose d'écrire un article sur le bénévolat dans le bulletin communal, tandis que le conseiller Laurent Glesener (DP) propose de le faire dans une brochure de présentation des clubs. Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) est cependant d'avis que c'est l'affaire des clubs, mais pas de la commune.

Le conseiller Paul Klensch (LSAP) regrette le manque de points d'accès et de bornes WiFi dans les lieux publics de la commune de Strassen. Des parcs et des lieux publics couramment fréquentés ne sont pas couverts par un accès gratuit au numérique. Selon le conseiller Paul Klensch (LSAP), l'aménagement de bornes supplémentaires permettrait d'attirer des gens qui chercheront à utiliser, par exemple, leur ordinateur portable ou leur tablette en plus de leur téléphone mobile. Ceci leur donnerait l'occasion de partager des photos, des vidéos ou de participer à des réunions en visioconférence en direct. L'objectif est de favoriser l'accès au numérique notamment pour le public qui n'aurait pas les moyens d'avoir des forfaits mobiles de grand volume, ou aux publics ayant un forfait limité. Il remarque que le poste de budget des réseaux locaux sans-fil aux frais Hotcity s'élève actuellement à environ 50.000 € par année. Ce montant étant très modeste par rapport à d'autres projets réalisés par la commune, il estime que la commune de Strassen pourrait faire un effort à ce niveau.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) note, en ce qui concerne le comportement envers les bénévoles, que la politesse en particulier ne semble plus être de

mise partout, tant envers les bénévoles qu'envers les aidants rémunérés. Néanmoins, le bénévolat doit être encouragé.

Elle critique également ces plages désormais courantes, pour lesquelles des tonnes de sable doivent être répandues et enlevées à nouveau, ce qui n'est certainement pas respectueux de l'environnement.

Elle estime que le nombre de visiteurs à l'occasion de la fête nationale est trop faible car beaucoup se déplacent dans la capitale ce jour-là. Elle suggère que les célébrations communales officielles devraient plutôt être organisées le lendemain. Elle est également d'avis que si l'on installe des chaises pour des personnes âgées, celles-ci devraient être mises aux premiers rangs.

En général, beaucoup de manifestations ont été organisées ces dernières semaines, et elle remercie tous les bénévoles, même si les événements n'ont pas été aussi fréquentés qu'ils n'auraient dû l'être. C'est pourquoi, elle pense qu'il faudrait privilégier la qualité à la quantité. Ainsi, elle cite l'exemple du marché aux puces de Strassen qui s'est tenu le même jour qu'un événement similaire à Luxembourg-Ville et à Arlon.

Elle suggère également, surtout au vu de la grande chaleur, de mettre en place des stations d'eau où il serait possible de remplir ses bouteilles. Elle se renseigne également sur le jeu d'eau à l'aire de jeux Pescher (qui était défectueux selon le maire et qui fonctionne à nouveau depuis ce week-end), il faudrait également y prévoir un ombrage. De plus, l'accès au central téléphonique de la commune est difficile. Elle s'informe également sur le Velo'H, car de nombreuses plaintes lui viennent de la ville de Luxembourg.

Selon le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV), le problème Velo'H à Strassen n'est pas plus important qu'à Luxembourg, les vélos étant beaucoup utilisés, bien que certaines actions soient déplacées.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) revient sur la proposition de la conseillère Victoria El-Khoury (LSAP) concernant les économies d'énergie et souligne qu'en France les magasins éteignent leurs lumières déjà peu après l'heure de fermeture pour économiser de l'électricité.

Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) rappelle les efforts de la commune pour améliorer l'efficacité énergétique de tous les bâtiments.

Le conseiller Léandre Kandel (DP) propose de créer un cadastre des toits pour explorer où des panneaux solaires peuvent être installés.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) veut savoir en quoi consiste la récente polémique dans les médias au sujet de la gouvernance du Syndicat Intercommunal de Gestion Informatique (SIGI). Le conseiller Paul Klensch (LSAP), délégué de la commune de Strassen auprès du SIGI, rapporte que le mobbing est évoqué ici, bien qu'aucun cas spécifique ne soit

connu. Lors de la réunion du 12 juillet 2022 du Comité du SIGI, il a été décidé de réaliser un processus d'audits dont l'un porterait sur le climat social et un autre sur la structure financière. De plus, le SIGI souhaite lancer une enquête externe dans le but d'améliorer la collaboration avec les communes. Enfin, la création d'une fondation a été discutée, mais elle a été remise sur suggestion du ministère. En revanche, on devrait établir des conventions pour permettre un échange avec des pays étrangers.

Enfin, le conseiller Jean-Marie Dürrer (CSV) aborde le problème climatique, qui, selon les scientifiques, est déjà beaucoup plus avancé qu'on ne le pense généralement.

# Communal Council meeting of 21 July 2022

## AGENDA

1. **Appointments and resignations in the local consultative commissions.**
2. **Amendment to the “Pescher IV” communal regulation on the criteria for the sale of dwellings.**
3. **Urban planning:**
  - a. **Decision concerning the draft Special Development Plan (PAP) for KIEM-VAL STE CROIX.**
  - b. **Decision concerning the draft Special Development Plan (PAP) for no. 30, ROUTE D'ARLON.**
  - c. **Decision concerning the draft Special Development Plan (PAP) for ARLON-VALLEE.**
  - d. **Decision concerning an application for a housing development.**
4. **Adoption of a regulation on the allocation of a subsidy for nappies.**
5. **Déi Gréng motion: “Financial support for parents using washable nappies for their children”.**
6. **Any other business.**

## PRESENT

Nicolas Pundel (CSV), Mayor; Betty Welter-Gaul (LSAP), 1<sup>st</sup> Alderman; Jean Claude Roob (LSAP), 2<sup>nd</sup> Alderman. Anne Arend (CSV); Maryse Bestgen-Martin (Déi Gréng); Martine Dieschburg-Nickels (DP); Jean-Marie Dürrer (CSV); Victoria El-Khoury (LSAP); Laurent Glesener (DP); Léandre Kandel (DP); Paul Klensch (LSAP), Councillors. Secretary: Christian Muller.

## ABSENT (EXCUSED)

Marc Fischer (DP); Claire Remmy (Déi Gréng), Councillors.

At the beginning of the meeting, Mayor Nicolas Pundel (CSV) recalled that this was the second part of the Communal Council meeting of 13 July, which had been adjourned due to the presentation of the 2035 Mobility Plan by Minister François Bausch.

### 1. Appointments and resignations in the local consultative commissions.

Following the resignation of Emilia Fister from the Environment Committee, Mayor Nicolas Pundel expressed the Commune's gratitude for her cooperation. The Communal Council unanimously appointed Lisa Bohler to the vacant post.

The Nature Pact Team as proposed by the College of Aldermen was also appointed unanimously, with the following composition: Alderman Betty Welter, Councillor Jean-Marie Dürrer, Forest Officer Serge Bisenius, Nature Pact Councillor (SICONA) Fernand Klopp, Nature Pact Associate Councillor (SICONA) Eric Rathle, and for the Commune of Strassen, Aline Wirtgen and Gabriel Kirsch, as well as Monique Faber-Decker, Paul Faber, Guy Mathey, Carine Molitor-Braun, Jacques Pir, Marc Schmit and Fränz Schneider.

Once again upon a proposal from the College of Aldermen, the Climate Team was unanimously confirmed as follows: Mayor Nicolas Pundel, climate consultant (studio e) Oliver Kuzma, Aline Wirtgen, Romain Becker, Maggy Biver, Lisa Bohler, Nicolas Bouillon, Marc Büchler, Vincent Debbaut, Victoria El-Khoury, Jean-Paul Faber, Paul Faber, Monique Faber-Decker, Sybille Giriens, Felix Jacoby, Corina Niculet, Jean Schannes and Georges Wiazmitinoff.

### 2. Amendment to the “Pescher IV” communal regulation on the criteria for the sale of dwellings.

As pointed out by Mayor Nicolas Pundel (CSV), the regulations aimed to make these apartments available to young families in Strassen, but they could also be provided to the elderly, although the regulation's points system slightly favoured younger people.

The regulation stipulated that the applicants must be or must have been residents of Strassen. They could not own immovable property and had to fulfil the conditions of State housing aid. A table listed the types of apartments allocated according to household composition at the time of application. A



points system was applied to determine, inter alia, the extent to which children were taken into account in order to benefit from the system. In addition, applicants subsequently had to live in the apartment themselves and were no longer obliged to buy a parking space. Finally, the Commune had a 99-year right of pre-emption (i.e. the entire duration of the long-term lease).

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) found that the terminology used was not ideal despite the preliminary discussion held in this regard. Among others, she criticised the fact that the application had to contain proof that the applicants would receive a housing allowance and the corresponding loan. She also thought that excluding owners of immovable corporate property went too far.

Councillor Laurent Glesener (DP) felt uncomfortable with the household compositions listed (i.e. married, in a partnership (PACS) or openly cohabiting) and questioned the legal means.

Councillor Anne Arend (CSV) feared that some things were blocked and gave the example of a situation in which parents died earlier.

Councillor Victoria El-Khoury (LSAP) criticised the fact that the proposed points system for the selection of applications took into account an unborn child in the same way as a living child regardless of the stage of pregnancy. Given that abortions were permitted until the end of the 12<sup>th</sup> week of pregnancy, she thought it more appropriate to consider only pregnancies of over 3 months.

Mayor Nicolas Pundel (CSV) responded to the individual objections and stated that these were only requests. The situation regarding companies had been examined by lawyers and excluding couples cohabiting openly was not possible. The College of Aldermen would be responsible for the final decisions on the applications, in order to avoid discrepancies.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) proposed cancelling at least share ownership in companies. Mayor Nicolas Pundel, on the other hand, suggested voting on the regulation as proposed. It was adopted

with the abstention of Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP).

### 3. Urban planning:

#### a. Decision concerning the draft Special Development Plan (PAP) for KIEM-VAL STE CROIX.

At the request of the transport company Demy Schandeler, an electric charging station with eight terminals and a building with a resting area and toilets for bus drivers would be installed on a 31.84-are plot in Val Ste-Croix.

23% of the plot would be transferred (instead of the usual 25%), i.e. a section in the lower area, on the level of the retention basin, and a second section in the upper area where a road was planned. The Commune renounced a compensatory payment.

The questions of Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) mainly concerned the volume of traffic and the crossing of buses in the narrow space, to which Mayor Nicolas Pundel (CSV) responded that the buses would measure 12 or 15 metres long and that there would be no articulated buses, the turning radius therefore being sufficient.

Councillor Léandre Kandel (DP) pointed out that it would have made more sense to develop an overall concept for all electric buses instead of having a large number of small projects which would subsequently not be suitable for articulated buses.

Mayor Nicolas Pundel (CSV) noted that the company owned the land and that it had developed a Special Development Plan (PAP) which had been declared compliant by the Ministry and was therefore valid, no objection having been made in this respect.

Councillor Jean-Marie Dürrer (CSV) described a Japanese system whereby disused electric buses could serve as electrical storage means.

The Special Development Plan (PAP) and the compensation waiver were adopted unanimously.

#### b. Decision concerning the draft Special Development Plan (PAP) for no. 30, ROUTE D'ARLON.

The development project “no. 30, Route d’Arlon” had been resubmitted. It had originally included three levels and a built-in floor. At this stage, it included a habitable surface of 1,671 m<sup>2</sup> distributed across five levels, with eight apartments and one restaurant on the ground floor.

A total of 30.22 % of the total plot of 13.37 ares was transferred to the Commune.

The draft was approved unanimously.

**c. Decision concerning the draft Special Development Plan (PAP) for ARLON-VALLEE.**

The “Arlon Vallée” Special Development Plan (PAP) project comprised a plot of 64.69 ares located in a residential area (HAB-1), a mixed-use residential area (MIX-u) and a noise zone.

A total of seven individual houses and a block of 27 apartments would be built on the plot.

As regards the habitable surface of 647 m<sup>2</sup> to be allocated for affordable housing, the Commune renounced to the construction of a single home in favour of apartments. 21.86 % of the plot would be transferred to the Commune.

Councillor Léandre Kandel (DP) enquired about noise protection plans and Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) wanted to know whether the seventh house would be attached to the residence.

Mayor Nicolas Pundel (CSV) was not aware of any private or public noise protection plans but pointed out that potential buyers would purchase their properties in full knowledge of those facts. He also confirmed the fact an authorisation had been granted to attach a single-family home to the residence.

**d. Decision concerning an application for a housing development.**

An application for the development of a plot of land on Rue de Kiem in Strassen was examined. It concerned a parcel that would be divided into three plots, with an existing residential building (10.89 ares), a building to

be demolished (17.26 ares) and a public square of 2.16 ares.

This application was approved unanimously.

**4. Adoption of a regulation on the allocation of a subsidy for nappies.**

**5. Déi Gréng motion: “Financial support for parents using washable nappies for their children”.**

On the proposal of Mayor Nicolas Pundel (CSV), these two agenda items were discussed together because Déi Gréng’s motion was behind the related amendment to the rules previously providing parents of young children with two additional rolls of bin bags.

It had been concluded that parents who use washable nappies did not need additional bin bags and that the elderly had not been taken into account in this regulation.

For that reason, the new legislation would repeal the allocation of additional bin bags. Instead, it would grant parents of children up to three years of age and elderly persons in possession of a medical certificate reporting incontinence a reduction of EUR 75 on the waste tax.

Councillor Maryse Bestgen-Martin (Déi Gréng) highlighted the ecological aspect as well as the additional work and costs incurred by reusable nappies for parents of young children and incontinent adults. This was why her party had proposed a 75 EUR waste tax reduction for them.

Councillor Victoria El-Khoury (LSAP) pointed out that the text of the regulation as presented by the Mayor mentioned only the economic reason for the subsidy awarded, whereas the motion of Déi Gréng highlighted the ecological aspect of reusable nappies. Thus, Councillor Victoria El-Khoury (LSAP) proposed to incorporate the environmental aspect into the text of the regulation in addition to the economic one.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) believed that citizens using washable nappies should in fact be reimbursed a little more.

On the other hand, Councillor Anne Arend pointed out that those using washable nappies produced less waste and thus benefited directly from the EUR 75 discount.

The regulation and Déi Gréng motion were adopted unanimously.

## 6. Any other business.

Under this agenda item, Mayor Nicolas Pundel informed the members of the Communal Council of a letter of thanks received from the National Reception Office (ONA) for the Commune's commitment to humanitarian aid for refugees fleeing the war in Ukraine.

In addition, a number of urgent traffic regulations were approved jointly.

Following the success of the "Mam Vélo an d'Schoul" campaign, Councillor Maryse Bestgen-Martin (Déi Gréng) asked whether the school gates would remain open to children cycling to school in the next academic year. She also referred to the shortage of bicycle racks in various locations.

Mayor Nicolas Pundel (CSV) confirmed the positive impact of "Pro Vélo". In the autumn, the idea was to find someone to accompany the group and expand the route, as had been done with the "pedibus". The gates would have to remain open, but it was important to prevent an increasing number of parents dropping their children off there by car. He also confirmed the shortage of bicycle racks, including near the school.

Councillor Victoria El-Khoury (LSAP) suggested that the Commune put in place an energy-saving plan in response to shortages and supply costs. This could apply to the "Thermes", for example, a major power consumer, as well as to street lighting. She proposed launching an awareness-raising campaign to encourage residents to save energy, as well as asking all Strassen shops to turn off the lights and signs on their premises at night.

She also suggested adhering to the "Kulturpass" (the "Culture for All Passport") in order to give low-income citizens access to certain cultural events.

As regards the "Kulturpass", Mayor Nicolas Pundel (CSV) explained that the Commune already granted its low-income inhabitants a reduced rate for certain events and that there was therefore no need to register for the "Kulturpass".

Councillor Anne Arend (CSV) highlighted the problem of volunteers: on the one hand, associations were unable to attract volunteers, and on the other, volunteers were very poorly treated at events because many believed that they were paid for their work.

She also thought that the Commune should have a list of contacts for renting venues or helping install tents, as well as a list of the concierges of the various communal buildings. A list of the different materials should be drawn up too, indicating the conditions under which the Commune could make them available.

Mayor Nicolas Pundel (CSV) considered this to be excessive because this information was already provided on request. However, he agreed there was a shortage of volunteers.

Councillor Léandre Kandel (DP) thought that the Commune was feeding bad habits by increasingly satisfying the demands of the associations and spoiling them when communal workers had a heavy workload. In addition, many citizens believed that everything would still be done for free.

Councillor Anne Arend (CSV) gave the example of the school celebration for which 120 volunteers were required. Jean-Marie Dürrer (CSV) pointed out that this varied from club to club: some clubs had 70 people working every week, while others complained if they received such a request three times a year.

In addition, Councillor Anne Arend suggested writing an article on volunteering in the communal newsletter. Councillor Laurent Glesener (DP) proposed doing so in a brochure presenting the clubs.

However, Mayor Nicolas Pundel (CSV) was of the opinion that this was the clubs' business, not the Commune's.

Councillor Paul Klensch (LSAP) said there was a shortage of Wi-Fi hotspots and terminals in public places in the

Commune of Strassen. Frequently used parks and public places did not have free internet access. According to Councillor Paul Klensch (LSAP), additional terminals would attract people wanting to use their laptops or tablets in addition to their mobile phones. This would allow them to share photos and videos or participate in videoconferences. The aim was to promote internet access, in particular for those without the means for high mobile data volumes or those with limited data. He noted that the budget item for HOTCITY local wireless networks amounted to approximately EUR 50,000 per year. This was very low compared to other projects carried out by the Commune, so he felt that Strassen could do better here.

With regard to attitudes towards volunteers, Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) noted that there was a general lack of courtesy. This applied both to volunteers and paid staff. Nevertheless, volunteering needed to be encouraged.

She also criticised the beaches, now a common feature, for which tonnes of sand had to be deposited then removed again. This was certainly not environmentally friendly.

She thought that the number of visitors on the National Day was too low because many went to Luxembourg City on that day. She suggested that the official communal celebrations be organised the following day instead. She also said that seats provided for older people should be placed in the front rows.

Generally speaking, many events had been organised over the past weeks, so she thanked all the volunteers, despite the fact that the celebrations had not attracted as many people as they should have. For this reason, she believed that quality should be prioritised over quantity. She gave the example of Strassen's flea market, which took place on the same day as a similar event in both Luxembourg City and Arlon.

Moreover, she suggested that water fountains be set up so people could refill their bottles, especially during the heatwave. She also enquired about the water play area in the Pescher playground (which, according to

the Mayor, had been defective but was operating again that weekend) and said it should be shaded. In addition, access to the Commune's telephone exchange was difficult. She finally asked about the Vel'OH system, as she had received many complaints from Luxembourg City.

According to Mayor Nicolas Pundel (CSV), the Vel'OH problem was no worse in Strassen than in Luxembourg City. The bicycles were widely used, although some actions were inappropriate.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) referred to the proposal by Councillor Victoria El-Khoury (LSAP) concerning energy savings. She pointed out that in France, shops switched off their lights shortly after closing time to save electricity.

Mayor Nicolas Pundel (CSV) recalled the efforts of the Commune to improve the energy efficiency of all buildings.

Councillor Léandre Kandel (DP) suggested creating a register of roofs to determine where solar panels could be installed.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) wanted to know more about the recent controversy in the media about the governance of the Intercommunal IT Management Association (SIGI). Councillor Paul Klensch (LSAP), delegate of the Commune of Strassen to SIGI, reported that it referred to mobbing but that no specific cases were known. At the meeting of the SIGI Committee on 12 July 2022, the decision was made to do an audit on the atmosphere in the organisation and on its financial structure. In addition, SIGI wished to launch an external survey with the aim of improving collaboration with the communes. Finally, the creation of a foundation was discussed, but it was set aside at the suggestion of the Ministry. On the other hand, agreements should be drawn up to enable exchanges with foreign countries.

Finally, Councillor Jean-Marie Dürrer (CSV) addressed the issue of the climate: according to scientists, climate problems were already much more advanced than people usually believed.



COMMUNE DE  
**Strassen**

